



Öffnung Schulbezirke?

„Im Interesse der freien Schulwahl, wie sie bei Gymnasien und Gesamtschulen längst üblich ist, plädiert DIE LINKE. perspektivisch für die Öffnung der Schulbezirke bei Sekundarschulen, wenn der Vorrang des kürzeren Schulweges gesichert ist und die Schülerbeförderung zu gleichen Konditionen wie bei Gymnasien erfolgt.“

So lautet die Verpflichtung die sich die Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE. im Kommunalwahlprogramm 2009 auferlegt haben. An dieser Zielsetzung gibt es auch heute keinerlei Abstriche. Wir halten die Einräumung der mit der Wahlmöglichkeit des Schulstandortes verbundenen Option für Eltern, auch an staatlichen Schulen dass für die Bildung ihre Kinder beste pädagogische Konzept frei wählen zu dürfen, für wichtig und längst überfällig.

Wir meinen nach wie vor, dass eine Ratsentscheidung über die freie Wahlmöglichkeiten der Nutzung einer staatlichen Schule an einem von den Eltern gewünschten Schulstandort, verbunden mit den dort angebotenen

Bildungs- und Erziehungskonzepten, nicht losgelöst von den konkreten Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt und in der Landeshauptstadt Magdeburg getroffen werden



darf.

Es ist aus Sicht der LINKEN Stadtratsfraktion nicht nachzuvollziehen, wenn u. a. Stadträtin Carola Schumann als Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Stadtratsfraktion, auf Seiten der Antragsteller zum einen darauf verweist, dass ja schließlich schon seit 2006 die Kommunen in Sachsen-Anhalt lt. Schulgesetz ihre Schuleinzugsbereiche öffnen dürfen und davon populistisch die Frage ableitet „Müssen wir deshalb bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag mit der Öffnung, nicht Abschaffung, warten?“

Zum anderen stellt dieselbe Frau Schumann aber im gleichen Atemzug in der Presse öffentlich fest,

dass es die Regierungsparteien des Landes bisher jedoch versäumt haben, hierfür die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das heißt aus unserer Sicht nichts anderes als: Wir wissen zwar das die Voraussetzung für die Öffnung der Schulbezirke eigentlich nicht gegeben sind, aber da es gewünscht wird, machen wir es einfach mal.

Genau das verstehen wir als DIE LINKE. Stadtratsfraktion nicht unter verantwortungsvoller Politik.

Zwei Rahmenbedingungen sind uns als DIE LINKE. Fraktion im Zusammenhang mit einer verantwortungsvollen Gestaltung des Prozesses der Gewährleistung der freien Wahlmöglichkeit des von Eltern gewünschten Schulstandortes besonders wichtig. Das ist erstens, die Gewährleistung von Möglichkeiten der Inanspruchnahme möglicher Wahloptionen des Schulstandortes durch alle Familien und zwar unabhängig von deren jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund. Hier sind noch viele Fragen u. a. zu Fahrtkostenerstattungen u. a. m. zu klären.

Zweitens halten wir es für äußerst wichtig, dass

In dieser Ausgabe:

KiA. Tolles Projekt für Sozialregion Süd	2
DIE LINKE liebt Kunst	2
Die Wobau hat Gewinn gemacht...	3
Bäume in Lemsdorf	3
Rathausfest 2011 DIE LINKE war dabei	4

die Landeshauptstadt Magdeburg alle im Zusammenhang mit der Sanierung von Schulen im Rahmen des PPP-Programms eingegangenen Verpflichtungen zum langfristigen Erhalt bzw. zur Betreibung von Schulen, buchstabengetreu erfüllen kann.

Frau Schumann und alle anderen Antragsteller wissen genau, dass es an einigen Schulstandorten in Magdeburg lediglich der Wechselentscheidung einiger ganz weniger Eltern bedarf, um die vom Land derzeit festgelegte Mindestschülerzahl für den Erhalt des betreffenden Schulstandortes zu unterschreiten. Niemand kann, basierend auf den derzeitigen Landesregelungen ausschließen, dass im schlimmsten Fall all jene Schulen (hierzu gehören auch gerade erst für viele Millionen Euro sanierte) akut von einer kurzfristigen Schließung bedroht sind, die auf Grund einer individuellen Elternentscheidung die festgelegten Mindestschülerzahlen un-



terschreiten.

Wer vor einem solchen Hintergrund dann noch, wie Frau Schumann, davon spricht, dass „... die Entscheidung für die Öffnung der Schuleinzugsbereiche eine Entscheidung für mehr Rechte der Eltern, eine Entscheidung für und nicht- wie die Kritiker meinen- gegen unsere Kinder“ ist, sagt leider nur die halbe Wahrheit oder kennt die konkrete Sachlage nicht.

Wir sind der Meinung, dass es nichts mit „Panikmache, Einschränkung von Elternrechten oder dem Festhalten an altem“ zu tun hat, wenn die knappe Hälfte der Stadträtinnen und Stadträte den Intensionen der LINKEN Fraktion folgt und verlangt, dass eine Öffnung der Schulbezirke durch Rahmenbedingungen und Garantien begleitet werden muss, die es allen interessierten Eltern ermöglicht uneingeschränkt von der jeweiligen familiären Situation zu entscheiden und die gleichzeitig sichern, dass wegen dieser individuellen Entscheidung über die Inanspruchnahme des Bildungsangebotes an der einen staatlichen Schule, nicht die Existenz einer anderen Schule in Frage gestellt werden kann.

DIE LINKE. hat zur Lösung dieser

nicht unkomplizierten Problematik seit langem einen, wie wir meinen machbaren, weil im wesentlichen für das Land auch kostenneutralen Vorschlag unterbreitet und begründet.

Warum das Floating-Model (Schüleranzahl bezogene Lehrer-stundenzuweisung an staatlichen



Schulen) mehrfach durch die zuständigen Behörden des Landes Sachsen-Anhalt abgelehnt wurde, können wir angesichts der berechtigten Wünsche vieler Eltern nach freier Entscheidung zur Wahl des Schulstandortes für ihre Kinder und im Hinblick auf mögliche Standortrisiken in Folge willkürlich entstehender Schülerzahlen an einzelnen Schulen der Landeshauptstadt, nicht mehr nachvollziehen.

Frank Theile

DIE LINKE. liebt Kunst

Am 14. November 2011 eröffnet DIE LINKE. Fraktion eine Ausstellung in ihren Geschäftsräumen.

Ausgestellt werden Bilder von **Marc Sagnol**, der uns seine (schwarz-weiße) photographische Ansicht der Pariser Passagen zeigt.

Jede Passage hat ihre eigene Geschichte und wurde Schauplatz literarischer Geschichten, weshalb sie für Marc Sagnol als Germanist und Literaturwissenschaftler wiederum zu Orten „du souvenir de la littérature“, der erinnernden Literatur werden.

Die Ausstellung zeigt die Fraktion DIE LINKE. in Zusammenarbeit mit dem **Kunstverein derART e.V.**, aus Magdeburg und wird in Form einer Vernissage eröffnet.

Marc Sagnol, geb. 1956 in Lyon, Schriftsteller, Herausgeber und Fotograf, bereiste ganz Europa und lebte in verschiedenen Städten, insbesondere Paris, Berlin, Warschau, Dresden und Kiew. Seit 2004 lebt er in Magdeburg.

Zu der Ausstellung „**Pariser Passagen**“ ist jeder Interessierte herzlich eingeladen.

Die Öffnungszeiten unserer Geschäftsstelle sind:

Montag 9:00 bis 15:30 Uhr
Dienstag 9:00 bis 18:00 Uhr
Mittwoch 9:00 bis 16:00 Uhr
Donnerstag 9:00 bis 18:00 Uhr
Freitag 9:00 bis 12:00 Uhr

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Janine Schmidt



KiA – Tolles Projekt für Sozialregion Süd!

Schon seit einigen Monaten verfolgte ich mit Interesse die Vorbereitungen zum Projektstart „Kind und Arbeit“ (KiA) in Trägerschaft des Bildungswerks der Unternehmerverbände Sachsen-Anhalt und konnte in Vorgesprächen mit den Projektkoordinatoren Frau Sarg und Herr Böhm wichtige Einblicke in Intention und Projektansatz nehmen, der insbesondere auch auf die schwierige Situation der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Alleinerziehender abhebt.

Umso mehr freute es mich, dass nun endlich alles klar ist und die entsprechenden Genehmigungen und vor allem Finanzierungszusagen von JobCenter und Landeshauptstadt vorlagen, damit das

Projekt offiziell letzte Woche starten konnte. Dabei macht mich ganz besonders glücklich, dass auch eine meiner Ideen, nämlich die weitere Belebung und Aufwertung des Sudenburger Schneidersgarten Parks, dem einzigen Park im Stadtteil überhaupt, als positiver Impuls für die konkrete Projektarbeit gewertet wurde und nun Bestandteil des Stadtteilprojekts ist.

Dafür schon jetzt vielen Dank und natürlich viel Erfolg bei der Umsetzung wünsche ich allen Teilnehmern!

Die enge Vernetzung mit der GWA Sudenburg/Lemsdorf unter der Leitung von Astrid Pierau wird hierbei gewiss förderlich sein und

bei Bedarf gern Unterstützung geben. Es ist einfach schön, dass diesmal auch einmal die Sozialregion Süd unserer Stadt in den Genuss solcher stadtteilorientierten Sozialprojekte kommt.

Das nächste stadtteilorientierte Projekt wirft ja bereits erste Schatten voraus, wenn die Vorplanungen zu den Aktiven Orts- und Stadtteilzentren (AOS) beginnen, in denen auch Sudenburg mit Fördermitteln bedacht ist.

Die GWA freut sich auf ihre Einbindung in diesen Prozess und erste Vorstellungen hierzu.

Oliver Müller

Die Wobau hat Gewinn gemacht...!



Es muss schon etwas seltsam anmuten, wenn man die Debatte um den Verbleib des von der Wobau 2010 erwirtschafteten Jahresüberschusses genau verfolgt und sich vor Augen führt, wie unterschiedlich doch augenscheinlich die Erwartungen einzelner Stadträte und Verwaltungsbeamter sind.

Sowohl der Wobau-Aufsichtsrat als auch der Wirtschaftsausschuss der Wobau haben mehrheitlich für den Verbleib des Jahresüberschusses im Unternehmen gestimmt; der Wirtschaftsausschuss sogar einstimmig. Damit hat sozusagen der Fachausschuss eine deutliche Entscheidung getroffen und eine klare Richtung vorgegeben.

Sonst verweist die Verwaltung nur allzu gern darauf doch den Voten der Fachausschüsse zu folgen. Merkwürdigerweise in diesem Fall ausgerechnet nicht. Was gilt denn nun?

Vollends befremden muss nun aber die Tatsache, dass zum Teil dieselben Leute in den Wobau-Aufsichtsgremien zwar einem Verbleib des Überschusses im Unternehmen zustimmen, sie dann aber wiederum im Stadtrat genau dies – dem völlig diametral entgegengesetzt – ablehnen.

Bleibt zu fragen, welchen Wert dann ein solches Votum überhaupt noch hat? Ein Geschäftsführer, der mit derartig multiplen Entscheidungsträgern leben muss, kann sich meiner Meinung nach jedenfalls nur bedanken. Woher soll er wissen, mit wem er gerade spricht?! Mit dem Aufsichtsrat, der heute gerade Stadtrat

ist oder umgekehrt?

Dass die Wobau zu ihrer Stadt steht, hat sie wohl mehr als einmal bewiesen.

Nicht zuletzt dadurch, dass sie allzu oft Immobilien, die sonst niemand anders haben wollte, oder gar ganzen Straßenzügen wie dem Nordabschnitt des Breiten Weges versuchte Leben einzuhauchen. Dumm nur, dass derselbe Stadtrat gleichzeitig auch dem Ausbau des Basements vom Alleecenter zustimmte und seine Entscheidungen damit zunächst selbst konterkarierte.



Bestes Beispiel ist aktuell wohl der Katharinenturm, besser bekannt als Haus der Lehrer – eine Immobilie, die die Stadt einst aus Ermangelung eigener Ideen einfach der Wobau

überhalf, mit allen Lasten, die damit verbunden waren. Nun ist man froh, dass die Wobau sich seiner innovativ annimmt und dabei knapp 13 Mio Euro investiert – auch ohne Jahresüberschussverbleib. Dabei sollten Immobilienneuentwicklung von Prestigeobjekten und Gewerberaumerschließung gar nicht an allererster Stelle der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft stehen.

Doch gibt es Grenzen! Denn auch im Stadtumbau ist sie federführend

ganz im Sinne der Stadt tätig. Immer nur fordern geht nicht. Die Zeit war reif für ein Signal in Richtung Wobau. Deshalb auch unser Änderungsantrag, der leider abgelehnt wurde. Dabei hätte man doch wenigstens die Summe teilen können, ein symbolischer Akt, von dem beide Seiten etwas gehabt hätten.

Völlig irritieren müssen schlussendlich die Aussagen vom Finanzbeigeordneten und Wobau-Aufsichtsratsvorsitzenden Zimmermann „Wir hätten die Wobau auch verkaufen können...“ bzw. OB Dr. Trümper „Die Wobau in Gänze ist keine Sozialeinrichtung, sondern ein Wirtschaftsunternehmen.“

Für DIE LINKE Fraktion stelle ich gern noch einmal klar: Die Wobau ist weit mehr als nur ein Wirtschaftsunternehmen! Das weiß auch der Gesellschaftervertrag, in dem es u.a. schon quasi in der Präambel im § 2 heißt:

„Gegenstand des Unternehmens sind Vermietung und Verpachtung, Verwaltung, [...] Modernisierung und Neubau von Wohnungen zum Zwecke der Sicherung einer sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der Bevölkerung der LH Magdeburg“.

Lasst uns das bitte nie vergessen!

Oliver Müller



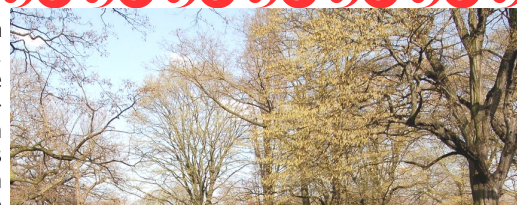
Bäume in Lemsdorf

Nicht ohne nachdenkliches Schmunzeln musste ich von der neuen Rolle des SPD-Ratskollegen Hitzeroth als Vorkämpfer für Straßenbäume hören. Zumindest, wenn es um Bäume in Lemsdorf geht. Als die GWA Sudenburg/Lemsdorf und ich mich gemeinsam mit Herrn Klinge von der IG Sudenburg vor wenigen Monaten für den Ersatz der gefälltten Bäume entlang der Halberstädter Straße einsetzten, war Stadtrat Hitzeroth leider nicht dabei.

Mehr noch: Als vor kaum mehr als einem Jahr am 20.9.10 im Stadtrat mein Antrag zu entsprechenden Nachpflanzungen hierzu zur Abstimmung kam, lehnte er diesen gemeinsam mit seiner SPD-Fraktion sogar ab. Offensichtlich muss zwischenzeitlich ein Lernprozess stattgefunden haben,

wenn er jetzt so vehement für den Ersatz von Straßenbäumen kämpft. Oder liegt es allein daran, dass diese nicht in Sudenburg sondern in Lemsdorf stehen sollen? Schade, hätte ich mir doch damals ein gemeinsames Vorgehen gewünscht, erstreckt sich doch Herrn Hitzeroths Wahlbereich schließlich auch auf Sudenburg.

Hinzu kommt, dass die Stellungnahme 0218/11 des Stadtgartenbetriebes zur Anfrage von Stadtrat Hitzeroth „Liegen schon Planungen für eventuelle Ersatzpflanzungen vor?“ gar nicht sagt, dass an dieser Stelle generell keine Bäume mehr gepflanzt werden sollen. Man muss schon bis zu Ende lesen: „Die Erforderlichkeit einer Ersatzpflanzung regelt sich nach der Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg. Für die gefälltten Bäume



kann hier keine Ersatzpflanzung angeordnet werden. Eine Ersatzpflanzung von geeigneten Straßenbäumen, die auf Grund anderer Entscheidungen angeordnet wurden, wird geprüft.“ Will heißen: Rechtlich gibt es keine Handhabe einen Ersatz anzuordnen. Der Stadtgartenbetrieb prüft jedoch freiwillig eine Ersatzmöglichkeit, wie an anderen Stellen auch schon. Also: Habt Vertrauen, alles wird gut!

Oliver Müller

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat der
Landeshauptstadt Magdeburg
V.i.S.d.P.: Oliver Müller,
Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Janine Schmidt

Alter Markt 6
39104 Magdeburg

Telefon: 0391-540 2226

Fax: 0391-540 2529

E-Mail: DIE.LINKE.Fraktion@stadt.
magdeburg.de

www.dielinke-stadtratsfraktion-
md.de

**Senden Sie uns eine E-Mail und
wir schicken Ihnen die Zeitung
im PDF-Format zu!**

**Fraktionstermine im
November:**

01.11.2011 um 17:00 Uhr
Fraktionssitzung bei der MVB GmbH
(nicht öffentlich)

14.11.2011 um 17:00 Uhr
öffentliche Fraktionssitzung
im Rathaus, Raum 340

17.11.2011 um 14:00 Uhr
Stadtratssitzung

28.11.2011 um 17:00 Uhr
öffentliche Fraktionssitzung
im Rathaus, Raum 340

**Anträge der Fraktion in der Stadtratssitzung am 17.
November 2011**

Liebe Leserinnen und Leser,

In der letzten Stadtratssitzung vom
13.10.2011 hat die Fraktion DIE LIN-
KE zwei Anfragen gestellt und ein
weiterer Antrag wird im November
auf der Tagesordnung stehen:

**- A0150/11 Benennung des Aus-
sichtsturms im Stadtpark nach
Albin Müller**

Der Aussichtsturm - eigentlich Ausstel-
lungsturm - im Stadtpark wird aufgrund
seiner besonderen Verdienste um die
architektonische Gestaltung des Stadthal-
lenareals nach Prof. Albin Müller benannt
und die Benennung in „Albinmüllerturm“
aus Anlass des 85. Jahrestags der Deut-
schen Theaterausstellung von 1927 in
Magdeburg zeitgleich mit der Tagung der
Theatertechnischen Gesellschaft im Juni
2012 feierlich vollzogen.

**- F0168/11 Bisphenol A und Weich-
macher in Kindertagesstätte**

In der Stadtratssitzung am 25. August
2011 stellte Stadtrat Wendenkampf eine
Anfrage zu Bisphenol A und Weichma-
chern in Staubproben von Kindertages-
stätten (F0132/11). Dazu die Anfrage von
Torsten Hans:

1. Wie schätzen die Europäische Chemika-
lienagentur und das Bundesinstitut für Risi-
kobewertung den Weichmacher DEHP ein?

2. Welche Bewertungen, Stellungnahmen und
Richtlinien der beiden Institutionen gibt es in
Bezug auf die DEHP Konzentration in der
Raumluft?

3. Welche Konsequenzen ergeben sich hier-
aus in Bezug auf Kindertagesstätten und
Schulen?

**- F0169/11 Katastrophenschutz in
der LH MD von Jana Bork**

Wie stellt sich die aktuelle Situation im Ka-
tastrophenschutz dar?

Wie viele Ehrenamtliche unterstützen das
wichtige Anliegen des Katastrophenschutzes
in der LH Magdeburg?

Wie werden diese für ihren ehrenamtlichen
Einsatz gewürdigt? Was tut die LH MD zur
Gewinnung weiterer ehrenamtlicher Unter-
stützer?

Welche Rolle spielt der Katastrophenschutz
bei der Absicherung von Großveranstaltun-
gen?

Welche konkreten Qualifikationskriterien bei
den Einsatzkräften vor Ort werden hierbei zu
Grunde gelegt? Wer kontrolliert deren Einhal-
tung?

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Rathausfest 2011—DIE LINKEn waren dabei...

Wie in jedem Jahr öffnete das
Rathaus am 03.10. wieder seine
Pforten und lud interessierte Bür-
gerinnen und Bürger ein sich
umzusehen.

Natürlich war auch DIE LINKE wie-
der mit einem
Info-stand
dabei
und
lockte
zahlrei-
che
Interes-
santen
mit
Infoma-
terialien
und
begehrtem Werbematerial.
Doch es wurde nicht nur
genascht und gelacht, es gab
auch viele Anfragen an unsere
Stadträte.

Anwohner traten an unseren Info-
stand und sprachen lange mit
den Stadträten Dr. Rosemarie
Hein (MdB), Helga und Hugo Bo-
eck, Torsten Hans, Hilmar

Schoenberger, Bernd Krause und Oli-
ver Müller über die Situationen in
ihren Wohngebieten.
Verschiedene Bürgeranliegen wurden
uns zu Teil und wir haben uns sehr
gefremt, auch in diesem Jahr wieder

so „gut besucht“ worden zu sein.
Natürlich ist das Rathausfest nicht
die einzige Möglichkeit mit uns per-
sönlich in Kontakt treten zu können.
Die Mitarbeiter der Fraktionsge-
schäftsstelle empfangen Bürgerinnen
und Bürger auch in den Büroräumen
der Fraktion und nehmen gern Anlie-
gen und Anfragen auf.

Unsere Stadträte sind in verschiedenen
Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen
und politischen Lebens aktiv und set-
zen sich, so weit es ihnen möglich ist,
für viele, viele Anliegen ein.

Auch zu öffentlichen Fraktionssitzun-
gen sind
Gäste im-
mer gern
willkom-
men
(Termine
im Heraus-
geber-Teil
der Zei-
tung ein-
sehbar).
Wir danken
allen Besu-
cherinnen
und Besu-
chern unseres Standes für die interes-
santen Gespräche und das uns entge-
gen gebrachte Vertrauen.

Schließlich steht die Fraktion DIE LINKE.
seit jeher für Bürgernähe und Engage-
ment und ist immer bestrebt die Poten-
tiale der Stadt zu stärken und ehren-
amtliches Engagement zu fördern.

Janine Schmidt

